

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

20.1.1863 (No. 16)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 20. Januar.

N. 16.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Str. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## \* Die dänische Antwort an England.

Wir kommen nochmals auf die bereits erwähnte Antwort des Hrn. Hall auf die englische Depesche vom 20. Nov. v. J. zurück. Dieselbe ist vom 5. Jan. datirt. Zuerst wird wiederholt die Bereitwilligkeit der dänischen Regierung ausgesprochen, „der Provinz Holstein unter den Bedingungen, daß durch dieses Zugeständniß nicht die ganze Monarchie in ein beständiges Abhängigkeitsverhältniß von Deutschland gebracht und daß durch dieses Opfer die Beziehungen Dänemarks zum Bunde auf einer dauernden Grundlage festgestellt werden, die Stellung einzuräumen, welche der Deutsche Bund für sie fordert.“ Der Anschauung, daß diese Bereitwilligkeit ein „Akt der Pflicht“ für die dänische Regierung sei, entgegen wird sodann mit großer Schärfe darzulegen versucht, daß es sich hierbei „in Wirklichkeit um ein der k. Regierung durch die Gewalt der Umstände entzogenes Opfer“ handle, zu welchem sie sich nur habe entschließen können, nachdem ihr nach Erschöpfung aller Mittel zur Vertheidigung ihres Rechts und in der Alternative einer Votierung der Bunde zwischen Holstein und der Monarchie oder eines Basallenverhältnisses der ganzen Monarchie zum Bunde „kein Ausweg geblieben sei.“

Bezüglich Schleswigs wird nach Hervorhebung des Satzes, daß „der Bund zu einer Einmischung in die Angelegenheiten einer dänischen Provinz, für welche der König dem Bunde niemals beigetreten, kein Recht besitzt“, und des Prinzips, daß „der Einfluß des Deutschen Bundes in keinem Falle über die Grenze Holsteins hinausgreifen dürfe“, die trockene Weigerung ausgesprochen, „über die inneren Angelegenheiten Schleswigs in irgend eine Verhandlung einzutreten.“ Der Schluß der Antwort gilt den bekannten Ruffell'schen Vermittlungsvorschlägen selbst. Hr. Hall glaubt dem, was er unter'm 15. Oktbr. auf die erste, aus diesem Anlaß ergangene Depesche Ruffell's geantwortet hat, nichts hinzuzufügen zu haben, und fährt dann fort:

Vord Ruffell erneuert die Versicherung des Wunsches des großbritannischen Kabinetts, die Existenz und die Integrität Dänemarks zu erhalten. Allein der Vorschlag Lord Ruffell's würde unfehlbar die Folge haben, diese Integrität zu vernichten; denn er zielt auf Spaltung der Monarchie in mehrere Theile, welche, indem jeder derselben in Wirklichkeit alle Attribute der Souveränität besäße, unter sich nur durch einen Staatsrath verbunden wären, der allerdings eine Art von gemeinsamer Vertretung sein, aber auch zugleich, von vornherein der Ohnmacht verfallen, in nicht zu ferner Zukunft unfehlbar wieder verschwinden würde. Es fällt nur schwer, es zu konstatiren, aber die letzte Depesche Lord Ruffell's hat ganz den Anschein, diese Zerstückelung der Monarchie bereits als eine erreichte Thatsache zu betrachten.

Die Idee, von welcher er ausgeht, ist in Wahrheit diejenige einer Vereinigung von Staaten, welche unter sich nur durch die Person des Souveräns verbunden sind, keineswegs aber das von dem europäischen Völkervertrage bis dahin allein anerkannte Prinzip der Einheit der dänischen Krone. Diese Monarchie endlich, welche das großbritannische Kabinet erhalten will, würde durch das von Lord Ruffell vorgeschlagene Arrangement der Unabhängigkeit beraubt werden, welche das eigentliche Prinzip ihres Lebens ausmacht, indem dadurch eine Ordnung der konstitutionellen Angelegenheiten befürwortet wird, die keinen andern Anspruch auf Empfehlung, hat als denjenigen, den die dänischen Mächte genehm zu sein.

Es bleibt also nur ein Weg offen, derjenige nämlich, welchen die k. Regierung einzuschlagen erklärt hat. Einerseits muß sie der Nothwendigkeit sich fügen, den holsteinischen Ständen die Stellung einzuräumen, welche der Frankfurter Bundestag fordert, wenn auch unter den nothwendigen Vorbehalten, damit diese Provinz nicht zum Herrn und Schiedsrichter über die Geschicke des Restes der Monarchie werde. Andererseits muß Schleswig außerhalb der Aktion des Bundes bleiben und für die gemeinsamen Angelegenheiten seine verfassungsmäßigen Beziehungen mit dem Königreiche bewahren.

Der erste Punkt wird jeden Vorwand einer Bundesreflexion in Holstein hinwegräumen. Der zweite Punkt ist die unumgängliche Bedingung für das Bestehen eines dänischen Staates; und wenn Lord Ruffell befürchtet, daß die Entwicklung des für Schleswig und das Königreich geltend gemachten Zustandes der Dinge zu irgend einem gewaltsamen Ausbruch führe, so ist die k. Regierung ihrerseits seit davon überzeugt, daß ein solcher Ausbruch nur in Folge von fremden Aufreizungen und Gewaltthatigkeiten hervorgebracht werden könnte. Einer solchen Eventualität aber sieht die Regierung mit der Ruhe und Entschlossenheit entgegen, welche ihr das Bewußtsein ihres guten Rechtes einflößt.

## Deutschland.

**München, 16. Jan.** Dem „Münch. Corr.“ zufolge hat die in Dresden versammelte Kommission zur Verathung eines deutschen Obligationenrechts den vor einiger Zeit im Auftrag des Justizministeriums für Bayern ausgearbeiteten diesbezüglichen Entwurf zur Grundlage ihrer Verhandlungen genommen. — Wie die „A. Abtg.“ vernimmt, hat Sr. Maj. der König dieser Tage dem Hofrath und Advokaten Herrn Dr. v. Kerstorf in Augsburg das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayrischen Krone verliehen.

**München, 18. Jan.** Die Mittheilung der „Patrie“, daß Bayern, Württemberg und Großherzogthum Hessen um Revision gewisser Artikel des französischen Handelsvertrags

in Paris nachgesucht haben, daß aber ihre Bemerkungen keinen Eingang finden konnten, da Frankreich sich mit Preußen definitiv gebunden habe — wird in einem offiziellen Artikel der heutigen „Bayr. Ztg.“ als unbegründet erklärt, insofern es sich wenigstens um Bayern handelt, wobei indessen nicht bezweifelt wird, daß die Mittheilung auch in Bezug auf Württemberg und Hessen unbegründet sei.

**Kassel, 16. Jan. (Fr. Z.)** Nach der üblichen Verlesung des Protokolls machte in heutiger öffentlicher Sitzung der Ständeversammlung Präsident Reibthau die Mittheilung, daß von Seiten der H. Schnadenberg und Koch die verfassungsmäßigen Reversen eingereicht worden seien. Die betreffenden Herren haben bekanntlich die einstweilige Vernehmung der Ministerien der Finanzen (Schnadenberg) und des Aeußern (Koch, mitamt dem Ministerium des kaiserlichen Hauses) übernommen und geloben in den erwähnten Reversen eidlch ihr treues Festhalten an der Verfassung an. Die in letzter Sitzung dem Verfassungsausschuß überweisene Angelegenheit hat damit für jetzt ihre Erledigung gefunden. — Zur Tagesordnung sich wendend, berichtet sodann der Abg. v. Bischoffshausen Namens des Rechtspflegeauschusses über den Antrag von Hupfeld, der eine Gesetzesvorlage verlangt zur Ausgleichung der durch die Bundesreflexion entstandenen Kosten und Lasten. Wir haben bereits mitgetheilt, daß der Rechtspflege-Ausschuß einstimmig beschloß, den Hupfeld'schen Antrag zu genehmigen und das beschriebene Ersuchen an die Staatsregierung möglichst dringend zu stellen. Für den Antrag sprachen heute noch von den Mitgliedern des Rechtspflege-Ausschusses der Berichterstatter und der Abg. Trabert. Außerdem die Abgeordneten Wiegand, der sich dahin ausspricht, daß die vom Berichterstatter befürwortete Tilgung der in Rede stehenden „Ehrenschild“ nicht durch neue Steuern, sondern durch ein Anlehen zu geschehen habe, Weinzierl, Heerlein, Reiser und Lober. Weinzierl erimerte unter Andern an das Regerecht, das uns gegen diejenigen Staaten zustehe, die sich z. B. als Bundesversammlung konstituirten, um in deren Namen die Exekution durchzuführen. Der Berichterstatter selbst beleuchtete die Ansprüche, die der Staat gegen diejenigen habe, die als falsche Rathgeber die Herbeiführung der Exekution veranlaßten. Die Beschädigten an diese zu weisen, sei schon wegen Insolvenz derselben unmöglich. Zudem sei es den Beschädigten gegenüber die Staatskasse, die für pflichtvergeßene Staatsdiener unmittelbar einzustehen habe. Der Antrag des Ausschusses wurde schließlich stimmeneinhellig zum Beschluß erhoben. Da der Landtag als kommissarisch, nachdem er hervorgehoben, daß die einschlagende Rechtsfrage wohl nur der Entscheidung durch Richterspruch anheimfalle, die Möglichkeit andeutete, daß die Regierung sich wohl durch Zweckmäßigkeit bestimmen lasse, die Ausgleichung zu versuchen, so möchte man fast glauben, es liege auf Seiten der Regierung die Absicht vor, auf die Sache einzugehen. — Nach Erledigung dieses Gegenstandes schritt man zur Revision der, der Versammlung vorliegenden Gesekentwürfe über Ermäßigung der Matrosenpflicht, ferner über Abgaben und Besteuerung des Rübenzuckers. Beide wurden endgiltig festgestellt und angenommen. — Den dritten Gegenstand der Tagesordnung bildete der vom Abg. Wild-erstattete Bericht über den Weinbauer'schen Antrag: die Regierung zu ersuchen, eine Gesetzesvorlage zum Zweck der Verköpplung und als integrierenden Theil eine ebensolche über Huteablösung der jetzigen Ständeversammlung baldmöglichst vorzulegen. Vom Berichterstatter wird Namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses beantragt: „Hohe Versammlung wolle beschließen, die Staatsregierung um baldige Vorlage eines Gesekentwurfs über die Zusammenlegung des Grundbesitzes und die Ablösung der Hutegerechtigkeit zu ersuchen.“ Knobel beantragt, zu genauerer Präzision im Beschluß selbst das Verlangen nach Ablösung der Hute auf diejenigen Grundstücke zu beschränken, die wirklich zur Ablösung kommen. Nach längerer Verhandlung wurde der Antrag des Ausschusses mit dem Amendement Knobel's angenommen. — Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, vorläufiger Bericht des Verfassungsausschusses über den, den öffentlichen Rechtszustand (die provisorischen Gesetze u.) betreffenden Antrag von Decker L., wurde wegen vorgerückter Zeit für die nächste, auf kommenden Mittwoch anderraunte Sitzung zurückgestellt.

**Koburg, 17. Jan.** Die „Kob. Ztg.“ meldet die heute erfolgte Abreise des Herzogs nach Brüssel. Ein Nachmittags erscheinendes Extrablatt derselben Zeitung bringt folgende offiziöse Mittheilung:

Koburg, 17. Jan. Da die Reise Sr. Hoheit des Herzogs nach Brüssel wegen der unläufigen Zeitungsgerächte große Aufregung in den hiesigen Kreisen hervorruft, so sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Reise lediglich auf den Wunsch einer auswärtigen Macht erfolgt ist, und daß, welches Resultat auch die in Brüssel zu erwartenden Besprechungen haben mögen, es doch unter allen Umständen nicht in der Absicht des Herzogs liegt, eine Abänderung in den hiesigen Regierungsverhältnissen eintreten zu lassen.

**Dresden, 16. Jan.** Das „Dresden. Journ.“ hat heute abermals Veranlassung, einer Korrespondenz der Wiener „Presse“, welche über die Stellung des Hrn. v. Beust zu

deutschen Reformfrage berichten will, entgegenzutreten. Der wesentliche Inhalt des halbamtlichen Artikels ist in folgenden Sätzen enthalten:

Die sächsische Regierung hat seiner Zeit mit ihrem bekannten Projekt allerdings eine Vermittlung unter widerstreitenden Ansprüchen anzubahnen gesucht. Dieser Charakter des sächsischen Reformprojekts fand damals sogar in der vielbesprochenen Depesche des Grafen Bernstorff vom 20. Dez. 1861 Anerkennung, indem dasselbst der sächsische Reformplan ein „mit großem Verständniß der nach verschiedenen Richtungen auseinandergehenden Wünsche und Tendenzen der Bundesgenossen aufgestellter“ genannt wird. Inzwischen wurden die betreffenden Vorschläge sowohl auf Seiten Oesterreichs, als auf Seiten Preußens für unannehmbar befunden, und die sächsische Regierung hat sich nicht berufen gefühlt, seitdem auf dieselben zurückzukommen. Solches ist daher auch nicht aus Anlaß der gegenwärtig am Bunde schwebenden Frage geschehen, und zwar lag dies um so weniger in den Verhältnissen, als die sächsische Regierung sich bei der in Wien verabredeten Feststellung der unterm 14. Aug. v. J. in der Bundesversammlung eingebrachten Anträge betheiligt hat, da letztere, wenn sie gleich nicht ganz ihren Wünschen und Absichten entsprachen, doch einen Anfang zur Bundesreform boten.

Man kann deshalb wohl gerade nicht behaupten, daß sie „überflüssig“ worden sei; aber sie hat nunmehr die weitere Verfolgung des gemeinsam Verabredeten dem geschäftsmäßigen Gang in der Bundesversammlung zu überlassen.

**Berlin, 16. Jan.** Nachdem gestern in Elbing die nöthig gewordene Nachwahl vollzogen worden, sind noch weitere 5 Ersatzwahlen vorzunehmen, und zwar außer Magdeburg in den Wahlkreisen Salzwedel, Sternberg, Prignitz und Dortmund. In allen diesen Kreisen haben Abgeordnete, welche den liberalen Mittelparteien angehörten, ihre Mandate niedergelegt. Anscheinend werden sie sämtlich durch Genossen der äußersten Linken ersetzt werden. — Am Mittwoch wählte die Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses ihren geschäftsführenden Vorstand. Aus der Wahl gingen hervor: die Herren Walbeck, Behrend, v. Forckenbeck, v. Hoyerbeck, Immermann, v. Könne (Solingen), Schulze-Delitzsch, Tschow und Birchow. Auch das linke Centrum, die sogenannte Fraktion Bodum-Dolffs, hat am Mittwoch ihren Vorstand eingesetzt. Derselbe besteht aus den Abgg. v. Bodum-Dolffs, v. Carlowitz, v. Diederichs. — Die Besserung in dem Befinden Sr. Maj. des Königs macht andauernd günstige Fortschritte. Gestern Mittag unternahm höchstselbe wieder eine Spazierfahrt, und hatte dann eine längere Konferenz mit dem Ministerpräsidenten v. Bismarck.

In der gestrigen Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung ist der Beschluß gefaßt worden, gemeinsam mit dem Magistrat eine Kommission zu ernennen, welche über Festvorbereitungen zu der fünfzigjährigen Jubelfeier des königl. Aufrufs vom 3. Febr. 1813 und der Landwehrstiftung vom 17. März 1813 in Verathung treten soll. Auch die hiesige Studentenschaft hat zur Veranstaltung von Feierlichkeiten an beiden Gedenktagen ein Komitee gewählt. Zahlreiche hiesige Sängervereine beabsichtigen, unter Leitung des königl. Kapellmeisters Taubert, zum Landwehrjubiläum eine große Gesangsaufführung zu veranstalten. — Das Aeltestenkollegium der hiesigen Kaufmannschaft hat eine Kommission eingesetzt, um durch Anträge bei der Regierung Verkehrsvereinfachungen für den Handel mit Rußland herbeizuführen. In der gestrigen Sitzung der Kommission wurde die Aussicht eröffnet, daß Rußland bereit sein werde, zur Abhilfe mancher Uebelstände die Hand zu bieten.

**Berlin, 17. Jan.** Gestern hat die deutsche Fortschrittspartei ihre Verhandlungen wegen des für die jetzige Session zu befolgenden Operationsplanes vorläufig beendet. Fast alle Redner haben sich in dem Sinne ausgesprochen, daß die bloß defensive Taktik der vorigen Session für die Verathung der Budget- und Militärvorlagen zunächst zwar beizubehalten, daneben aber ein offensives Vorgehen unumgänglich nothwendig sei. Die dafür geltend gemachten Gründe lassen sich kurz dahin zusammenfassen, daß bei der seit vorigem Oktober eingetretenen sogenannten Budgetlosigkeit, d. h. Verfassunglosigkeit, und bei dem sonstigen Auftreten des herrschenden Systems die Volksvertretung unmöglich wieder schweigend an ihre Arbeiten gehen könne. Was die Form der einzuschlagenden Offensive angeht, so überwiegt die Meinung für eine Adresse an den König, in der rückhaltlos der Nothstand des Landes dargelegt werden soll. Die Entscheidung ist vorbehalten bis nach den gemeinsamen Besprechungen mit dem linken Centrum, welche heute ihren Anfang nehmen werden. Ein Komitee von Mitgliedern der Fortschrittspartei wird gleich heute den Entwurf einer Adresse vorlegen. — Noch täglich gehen Zustimmungsadressen an das Haus der Abgeordneten ein; die Zahl der Unterschriften ist bereits auf mehr als 250,000 gestiegen.

In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurden vom Ministerium mehrere Gesekentwürfe eingebracht, und zwar vom Handelsminister, Gesekentwurf über die Verfassung derjenigen Aktiengesellschaften, welche nicht Handel treiben; vom Justizminister, Gesekentwurf über die Verbesserung des Kontrakt- und Hypothekensystems im Bezirk



des Justizsenats Ehrenbreitstein; desgleichen wegen Aufhebung der Konkursordnung vom 8. Mai 1855 ebendasselbst; desgleichen wegen Aufhebung der Cessionarrechte in den Bezirken des allgemeinen Rechts; vom landwirthschaftl. Minister, Gesetzentwurf wegen Abänderung der Fischereiordeung in Pommern und den Mündungen der Oder. — Nächste Sitzung unbestimmt.

Der Schriftsteller Dr. Lafalle ist vom Kriminalgericht wegen eines Vortrags, den er in einem Handwerkerverein gehalten, in welchem die Anklage „Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Anreizung von Staatsangehörigen zu Haß und Verachtung gegen einander“ erblickte, zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die Verhandlung war sehr lebhaft. Dem Angeklagten, der sich in einer vierstündigen Rede selbst vertheidigte, wurde einmal das Wort entzogen. — Die „B. B.-Ztg.“ erfährt, daß ein Komitee von Mitgliedern der Fortschrittspartei gegen die altliberale Partei und die „Köln. Ztg.“, die „Rheinische Zeitung“ zu einem großen Parteiorgan der rheinischen Fortschrittspartei zu erweitern und das nöthige Kapital mit Hilfe einer Aktienzeichnung aufzubringen gedenkt. — Nach der „Volks-Ztg.“ soll die Fraktion der äußersten Linken sich mit dem Gedanken einer Ministeranfrage und der Abg. v. Hoverbeck einen betreffenden Antrag einbringen wollen. — Bei der am 11. d. in Wien stattgehabten Besprechung über die Wahl eines Abgeordneten an Stelle des Hrn. Th. Müllensiefen erhielt Dr. Löwe (nach dem „Dortm. Anzgr.“) die meisten Stimmen. — Wie die „Pr. Litth. Ztg.“ meldet, hat das Graud enzer Komitee 46 unterstützungsbedürftige Angehörige der verurtheilten Mannschaften von der Bessler'schen Kompagnie ermittelt und denselben, nach Verhältnis der Dürftigkeit, vierteljährlich 3 bis 5 Thlr. ausgesetzt. — In Gibraltar hat am 8. d. die Einweihung des Denkmals für die im Kampf gegen die Nisspiraten gefallenen Preußen stattgefunden. — In Neichbach am 8. d. ein Handelsmann von Langenbielau vor den Schranken des Kreisgerichts, weil er für die verurtheilten Graud enzer Militärsperionen gesammelt hatte. Er wurde freigesprochen.

\* Berlin, 17. Jan. Der „Staatsanzeiger“ ist in Betreff der von der Wiener „Presse“ gebrachten Nachricht, Preußen habe in Paris Modifikationen des Handelsvertrags im bayrisch-württembergischen Sinne beantragt, zu der Erklärung ermächtigt, Preußen habe weder einen solchen Antrag gestellt, noch beabsichtige es, einen solchen zu stellen. Ferner schreibt der „Staatsanzeiger“:

Die „Frankf. P.-Ztg.“ vom 14. d. M. sucht unter Wien, 12. Jan., die Meinung zu verbreiten, daß die preussische Politik eine Verständigung mit Oesterreich zunächst auf dem Gebiete der deutschen und der Zoll-einigungsfrage als Ziel in's Auge gefaßt habe, und daß in dieser Beziehung schon einzelne vorläufige Eröffnungen gemacht seien. Die Zoll-einigung betreffend, sind diese Behauptungen aus der Luft gegriffen, da jede hierhin zielende Aufforderung in Berlin positiv abgelehnt ist.

Der heutige „Kladderadatsch“ ist konfiszirt worden. — In Sagan geschah es, daß der Bürgermeister Schneider (als Abgeordneter der Fraktion Bockum-Dolffs angehörig) eine Loyalitätsadresse mit Beschlag belegen ließ, weil auf den Exemplaren der Name des Druckers und der Druckort nicht angegeben waren. Es scheinen sich daran weitere Vorgänge geknüpft zu haben; die „Niederöschl. Ztg.“ berichtet jetzt, daß Bürgermeister Schneider von der k. Regierung zu Weignitz in eine Ordnungsstrafe von 30 Thlr. genommen und gleichzeitig seines Amtes als Polizeianwalt enthoben worden sei.

Berlin, 18. Jan. Se. Maj. der König fühlte sich gestern etwas angegriffen, nahm aber doch Morgens mehrere Vorträge entgegen, und empfing dann den Kronprinzen, sowie den Prinzen Karl. Mittags machte höchstselbe eine Spazierfahrt durch den Thiergarten. Darauf hatte Se. Majestät eine längere Konferenz mit dem Ministerpräsidenten v. Bismarck. Heute lauten die Nachrichten über das Befinden des Königs wieder sehr günstig. — 3. Maj. die Königin in ertheilte gestern Mittag der Gemahlin des französischen Botschafters, Baronin v. Talleyrand, ihre Antrittsaudienz. Die beiden hier beglaubigten Botschafter von England und Frankreich und deren Gemahlinnen sind nunmehr von der Königl. Majestät, sowie von den Mitgliedern des Königshauses empfangen worden. Wie der „Staats-Anz.“ mittheilt, ist gestern den zum Königl. Hofe gehörigen oder bei demselben vorgestellten Personen die Ansage zugegangen, daß sie, allgemeinem Herkommen gemäß, den Botschaftern und deren Gemahlinnen den ersten Besuch zu machen haben. Zum Empfang der Besuche wird der englische Botschafter morgen Abend zum ersten Mal seine Salons öffnen. Auch bei den Staatsministern und andern hochgestellten Personen nehmen die Gesellschaftsfeste jetzt ihren Anfang.

Bei den liberalen Fraktionen des Abgeordnetenhauses scheint allmählig die Meinung zu überwiegen, daß an Se. Maj. den König eine Adresse zu richten sei. Wie schon erwähnt, hatte das linke Zentrum vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt, zunächst von einer Adresse abzusehen und sich in Betreff eines gemeinsamen Operationsplans erst mit der Fortschrittspartei zu verständigen. Gestern Abend hat in der Thiergarten'schen „Resource“ eine gemeinschaftliche Berathung des linken Zentrums und der Fortschrittspartei über das genossenschaftliche parlamentarische Vorgehen stattgefunden. Von Seiten der gemäßigten-liberalen Partei sind noch keine Schritte geschehen, um mit den weitergehenden Oppositionsrichtungen in nähere Verbindung zu treten. — In den Ministerien des Innern und des Handels sind Berathungen über den Bau eines Parlamentsgebäudes für beide Landtagshäuser im Gange. Unter den verschiedenen Plänen, welche man für diesen Bau in Vorschlag gebracht hat, werden jetzt drei in nähere Betrachtung gezogen. Es sind dies: der Grezitzplatz vor dem Brandenburger Thor, das Grundstück des Ministeriums des Königl. Hauses in der Wilhelmstraße, und das Grundstück, auf welchem sich das gegenwärtige Abgeordnetenhause befindet, nebst den angrenzenden Gebäuden am Dönhofsplatz. Von dem frühern Plan, das Parlamentsgebäude auf dem Grundstück

des Herrenhauses und der Königl. Porzellanmanufaktur zu errichten, soll man gänzlich zurückgekommen sein.

Berlin, 18. Jan. (Köln. Z.) Bei der gestern Abend stattgehabten gemeinsamen Besprechung des linken Zentrums und der Fortschrittspartei sprachen nur Walbeck und Gneist gegen eine Adresse. Die Abstimmung findet getrennt nach Fraktionen statt. Die Fortschrittspartei erklärte sich mit allen gegen siebenzehn Stimmen für die Adresse. Das linke Zentrum, welches erst heute abstimmte, hat sich mit allen gegen zehn Stimmen für eine Adresse ausgesprochen. Wahrscheinlich kommt ein von dem Abg. Birchow gestern vorgelegter Adressentwurf, nach der heute bevorstehenden Revision desselben durch eine gemeinsame Kommission, bestehend aus den Abgeordneten v. Carlowitz, v. Bockum-Dolffs, Dieberichs, Frech und v. Sybel, morgen in beiden Fraktionen zur Annahme. Er würde dann übermorgen ins Haus gebracht werden zu schleunigster Berathung, in der kürzesten Form, welche die Geschäftsordnung gestattet.

Gerichtsweise verlaute, das Budget für 1862 könne erst im März oder April vorgelegt werden.

Gegen die Aeußerungen des in Wien erscheinenden „Botschafters“ geht der „Spen. Ztg.“ folgende offiziöse Mittheilung zu: „Der „Botschafter“ scheint zu vergessen, daß vor Eingehung des Bundes die deutschen Staaten einander so souverän und ungebunden gegenüberstanden haben, wie heutzutage etwa Frankreich und Spanien, und daß mit Eingehung des Bundes ein Vertrag völkerrechtlicher Natur geschlossen ist, der zwar gewiß Beziehungen und Verhältnisse unter den Kontrahenten vertragsmäßig ordnet, aber die Bundesbehörden so wenig zu Regierungs- wie zu Gerichtsbehörden im staatsrechtlichen Sinne macht, daher auch der Gegenstand von Inland und Ausland auf die Verhältnisse innerhalb und außerhalb des Bundes keine Anwendung leiden will. Freilich gehen jetzt die nationalen Wünsche, deren innere Berechtigung nicht zu verkennen ist, über dieses Maß der Einigung hinaus. Bei dieser Veranlassung aber kann nur das geltende Recht in Frage kommen. Betreffs dieses Rechtes indigirt der „Botschafter“ der Majorität der Bundesglieder die Befugniß, ihre Auslegung der Bundesverfassung der Minorität gegenüber mit Gewalt durchzuführen, und vernichtet dadurch mit einem Zuge die Garantien, die das Erforderniß der Stimmeneinheit der Minorität gibt; er appellirt gegen die Verträge an die Gewalt, und diese Berufung würde kommenden Falls von der andern Seite schwerlich abgelehnt werden.“

Wien, 17. Jan. Man schreibt der „Allgem. Ztg.“: „Alle die Nachrichten in Betreff des Delegirtenantrags am Bunde, über Kompromisse sowohl wie über bereits erzielte Majorität sind von sehr zweifelhafter Natur. Unterhandelt wird, aber bis jetzt ist noch nichts entschieden, und Alles wird wohl bis zur letzten Stunde unsicher bleiben, außer daß Oesterreich und die zu ihm haltenden Regierungen die Gefahr nicht scheuen, etwa in der Minorität zu bleiben, und sich nicht damit begnügen werden, bloß auf ihren guten Willen, in der deutschen Sache Etwas zu thun, hinzuweisen.“

Wien, 18. Jan. (W. K. Z.) Der „Botschafter“ bringt einen Leitartikel über die Nothwendigkeit der baldigen Einberufung des ungarischen Landtags. Derselbe sagt: „Der Staatsminister ist dem Reichsrathe für die angestrebte Durchführung der Reichsverfassung verantwortlich. Wenn die Regierung, ihrem Programm getreu, offen und energisch den vom Monarchen bezeichneten Weg zur Durchführung der Verfassung einschlägt und die Berufung des Landtages anstrebt, um die Rechte und die billigen Wünsche Ungarns mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen, so wird ihr die Mehrheit des Volkes ihre Mitwirkung nicht entziehen; und daher ist es nothwendig, daß der Landtag durch eine Regierung, welche eine kräftige Verfassung als ihr Programm anerkennt, vorbereitet und durch Männer von klarer und fester Politik geleitet werde.“

### Schweiz.

\* Bern, 17. Jan. Tessiner Blätter bringen Mittheilungen über verschiedene große Unglücksfälle. Am vorigen Sonntag 11. d., gegen 3 Uhr Nachmittags, stürzte ein Theil des Daches und des Gewölbes der St. Antonius-Pfarrkirche in Locarno (Tessin), in welcher sich mehr als 100 Personen befanden, mit furchtbarem Krachen zusammen. Unter der gewaltigen Wucht des Schnees hatten sich die Balken dermaßen geneigt und das Gewölbe so sehr belastet, daß dieses barst und auf die Anglücklichen niederstürzte, die sich darunter befanden, und dieselben augenblicklich zerschmetterte. Der Bericht des Gemeinderaths Locarno an den Staatsrath gibt die Zahl Derer, die sofort den Tod fanden, auf 39 an, 7 starben wenige Stunden nachher, und von den 10 noch lebenden Schwerverwundeten werden wohl noch Mehrere erliegen. Unter den 46 Todten (jene 7 eingerechnet) sind 32 Mädchen, 6 Wittwen, 8 Frauen; 19 Personen sind Bürgerinnen von Locarno, 20 Angehörige anderer Gemeinden, und 7 Fremde. Der Schnee, der die Katastrophe zunächst verursacht, hatte andererseits doch das Gute, daß er die Zahl der Opfer nicht noch größer werden ließ. In Folge des erschweren Verkehrs waren sehr viele Personen zu Hause geblieben. Auch ist es ein Glück zu nennen, daß die Schuldner noch nicht angekommen waren — eine halbe Stunde später, und man würde eine dreimal größere Zahl von Opfern zu betrauern gehabt haben.

Gleichzeitig kommt die Meldung von einem fast eben so schweren Unglücksfall: Die Gemeinde Bedretto di mezzo wurde am 7. d. um 12 $\frac{1}{4}$  Uhr Mittags durch eine ungeheure Lawine fast ganz zerstört und 31 Personen getödtet. Nähere Nachrichten fehlen noch. Zugleich erhält sich das Gerücht von der Verschüttung von 27 Wegmachern auf der Urner Seite des Gotthard. Hoffentlich nur eine Verwechslung mit den obigen Hubschiffen aus dem Bedrettothal.

Aus dem Vinierthal schreibt man: In den Gemeinden St. Antonio und Carena haben die Lawinen großen Schaden gethan; mehr als 15 Ställe, meist mit Heu angefüllt,

wurden verschüttet, auch ein Haus hatte dies Schicksal, in welchem eine arme Frau mit drei kleinen Kindern wohnte, die aber glücklicher Weise noch rechtzeitig fliehen konnte.

Von Airolo unter dem 8. d. Seit Dienstag Morgen sind wir von aller Welt abgeschnitten, da die unerhörte Schneemasse allen Verkehr unmöglich macht. Der gestrige Tag war ein Tag des Schreckens für die Gegend. Hilferufe ergingen bald von einer Dertlichkeit, bald von einer andern, der Schnee fiel in dichtesten Massen, und ein schwarzer Nebel hüllte uns fortwährend in Nacht; die Leute, welche auf einen Hilferuf sich nach der Richtung begaben, woher die Stimmen kamen, setzten sich selbst der augenschneidlichsten Gefahr aus, von den Lawinen verschüttet zu werden, die herabstürzten. Am Abend verließen mehrere Familien ihre Häuser aus Furcht vor der ungeheuern Lawine des Tobels Balascia, die in der That, eine enorme Schneemasse, herabstürzte, jedoch glücklicher Weise ohne Schaden, da sie an der Stelle, wo der Abhang weniger steil ist, sich verbreitete. Bis jetzt weiß man von mehr als 20 zerstörten Ställen und vielem erschlagenen Vieh, auch ein Mann wurde verschüttet. Von den sehr ausgesetzten Gemeinden Fontana, Brug nasco und Rante fehlen noch alle Nachrichten.

### Frankreich.

Paris, 17. Jan. Prinz Napoleon hat heute in den Bureaus des Senats für Ernennung der Adreßkommission gesprochen. Derselbe wird auch, neuestem Entschlusse zufolge, an der Adreßdiskussion Theil nehmen. Die Unterhandlungen wegen der römischen Frage sollen in Turin und dann in Rom erst nach Beendigung dieser Diskussionen wieder aufgenommen werden. — Der französisch-italienische Handelsvertrag wurde heute unterzeichnet. — Die „France“ erhält heute aus London die Bestätigung, daß der Sultan einen Kommissär, von einem englischen Agenten begleitet, nach Bukarest schickte, um die Herausgabe der Waffen zu fordern und die Regierung der Fürstenthümer an ihre Pflichten der Pforte gegenüber zu erinnern. In London war überdies das Gerücht verbreitet, daß auch ein österreichischer Agent dem türkischen Kommissär beigegeben war. Dieser Schritt kann, wie leicht begreiflich, von großer Tragweite sein. — Horace Verneil ist heute Morgen um 9 Uhr gestorben; er war am 31. Juni 1789 geboren, somit im 74. Lebensjahre. — Im Befinden des Präsidenten des Oberrechnungshofs, Senator Barthé, ist wieder eine bedenkliche Verschlimmerung eingetreten. — Nach dem an die Mitglieder des Gesetzgeb. Körpers vertheilten Gesetzentwurf bezüglich der Feststellung des ordentlichen Budgets für 1864 belaufen sich die ordentlichen Ausgaben auf 1778,461,501 Fr. Die ordentlichen Einnahmen sind auf 1181,762,986 Fr. (darunter die indirekten Steuern und Abgaben mit 224,798,000 Fr.) veranschlagt. Hiernach würde sich für das ordentliche Budget ein Ueberschuß von 3,301,485 Fr. ergeben. — Wie man vernimmt, hat der Kaiser beschloffen, daß für die im Gesetzgeb. Körper eingetretenen Ferien für die gegenwärtige letzte Session keine Nachwahlen vorgenommen werden sollen. — General D'onnell hat das spanische Kabinett bereits gebildet. Hier angelangten Privatdepeschen zufolge ist es, wie folgt, zusammengestellt: Präsident und Kriegsminister, Marschall D'onnell; Auswärtige Angelegenheiten, Marschall Serrano; Inneres, Marquis Vega-Armijo; Finanzen, Salaverria, der sein Portefeuille behält; Justiz, Guillamas Jomanto; Santa-Cruz, welcher den Marquis Vega-Armijo ersetzt; Marine, Lujan. Die HH. Santa-Cruz und Lujan waren schon unter der Präsidentschaft Epartero's 1855—1856 Mitglieder des Kabinetts D'onnell. — Die feierliche Preisvertheilung an die französischen Industriellen, welche an der Londoner Ausstellung Theil nahmen, ist auf den 25. Jan. festgesetzt. — Das transatlantische Paketboot „Tampico“, von Mexiko kommend, ist im Laufe des Abends zu St. Nazaire erwartet. — Der „Nation“ zufolge ist Sir Henry Bulwer, welcher nach Alexandria gegangen war, unerwartet wieder in Konstantinopel eingetroffen. Der Vizeadmiral Mchemet-Pascha, welcher sich in außerordentlicher Mission in London befand, wurde zum Sultan berufen. — Börse fest. Rente 69.90. Erbd. mob. 1145. Ital. Anl. 69.80. — Wie ich vernehme, hat der Kaiser die päpstliche Regierung ermächtigt, die zweite Hälfte der Anleihe von 50 Millionen — 25 Millionen — auf dem Pariser Markte zu emittiren. Die „Société industrielle et commerciale“ hat die Negozirung übernommen.

\* Paris, 18. Jan. Der „Moniteur“ berichtet über den offiziellen Empfang des preuss. Botschafters, in welchem derselbe dem Kaiser seine Beglaubigungsschreiben übergab. Der Graf v. d. Solz richtete dabei folgende Worte an den Kaiser:

Sire! Ich habe die Ehre, in die Hände Eurer Kaiserl. Majestät die Briefe zu legen, welche mich bei derselben in meiner Eigenschaft als Botschafter des Königs, meines erlauchten Herrn, beglaubigen. Indem mein Souverän seinem Vertreter den höchsten diplomatischen Rang übertrug, haben sich seine Gedanken mit denen Ew. Kaiserl. Majestät begegnet; es ist dies ein neues Zeugniß für die freundschaftlichen Beziehungen, die auf so glückliche Weise zwischen Frankreich und Preußen bestehen.

Diese Beziehungen entsprechen den Gefühlen und Wünschen des Königs; sie entsprechen zu gleicher Zeit den wirklichen Interessen der beiden Nationen, welche deren Vortheile vollständig würdigen. Die Verträge, vom 2. Aug., welche dazu bestimmt sind, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu vermehren und denselben einen neuen Weg zum Wohlstande zu eröffnen, werden die Bande der Freundschaft, welche sie vereinigen, noch fester knüpfen.

Glücklich, dazu berufen zu sein, so kostbare Beziehungen zu pflegen, wage ich zu hoffen, Sire, daß es mir gelingen werde, indem ich diesem Zweck all meine Bemühungen widme, mir das hohe Wohlwollen Ew. Kaiserl. Majestät zu gewinnen.

Der Kaiser antwortete:

Ich habe mit Freuden (empressement) den Vorschlag des Königs von Preußen angenommen, unsere Gesandten zum Rang von Botschaftern zu erheben; dies ist ein neuer Beweis der freundschaftlichen



Gefühle, welche die beiden Souveräne beleben. Seitdem ich den König habe persönlich kennen lernen können, welche Sie vertreten, habe ich stets eine größere Intimität (intimité) unserer Beziehungen gewünscht. Ich hoffe, es wird ebenso mit den beiden Ländern sein, wenn die Mannigfaltigkeit der Bande des Handels sie gelehrt haben wird, sich gegenseitig zu schätzen. Sie werden unter uns die wohlwollendste Aufnahme finden; die Wahl Ihres Souveräns, die Nation, welcher Sie angehören, Ihr persönliches Verdienst geben Ihnen dafür Sicherheit.

Heute zeigt auch der „Moniteur“ die Unterzeichnung des Handelsvertrages zwischen Frankreich und Italien an, mit dem Befügen dieser Art, dem vor einigen Monaten die Unterzeichnung eines Schiffahrtsvertrages, einer literarischen und konsular-Übereinkunft vorausging, vervollständigte die Sache der zwischen beiden Ländern eingeführten Handels-einrichtungen. — Demselben Blatt zufolge lauten die neuesten Nachrichten aus China befriedigend. Die Zugänge Shang-hais sind vollständig frei, und die kaiserlichen Truppen haben mit Erfolg mehrere militärische Operationen gegen die Taeping's unternommen. — Im Gesetzgeb. Körper theilt der Vizepräsident Schneider mit, daß das Staatsministerium den Vizepräsidenten des Staatsraths, de Parieu, und die Sektionspräsidenten im Staatsrath, General Allard, Bondet, Vuillefray, Boivin-Lavie und Buitry, zu Regierungskommissären für die Adressen ernannt habe. Man setzt auf Dienstag die Ernennung der Adressenkommission in den Bureaus fest.

Nach dem „Moniteur“ sind die Interessen der Schafschneide auf 3 1/2, 4 und 4 1/2 Proz. erhöht.

### Dänemark.

Kopenhagen, 17. Jan. „Fidrelandet“ dementirt die Nachricht vom Entressen einer französischen Note bezüglich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, wemgleich dieselbe seit vierzehn Tagen erwartet worden sei.

### Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 18. Jan. (W. L. B.) Das Zentralkomitee hat bei Serost unweit Warschau eine Zusammenrottung vieler Mitglieder veranstaltet, um die Aushebung zu verhindern. Es mußte Militär einschreiten, um die Versammelten zu zerstreuen, wobei fünfzig Personen verhaftet wurden.

### Griechenland.

Athen, 18. Jan. (W. L. B.) In der Nationalversammlung sind nun die Wahlsprüfungen beendet, und wahrscheinlich wird morgen Präsidentenwahl stattfinden. Als Kandidaten werden genannt Balbos und Palamides. Man befürchtet den nahen Ausbruch eines Bürgerkrieges.

### Ägypten.

Kairo, 18. Jan. (W. L. B.) Heute Nacht ist der Vizekönig gestorben; Ismael Pascha ist als sein Nachfolger proklamirt. Die Ruhe ist ungestört.

Triest, 16. Jan. Laut Briefen aus Alexandria vom 10. d. M. war Abd-el-Kader in Kairo eingetroffen. Der britische Konsul in Chartum und seine Frau sind im Weißen Nil ertrunken.

### Amerika.

Neu-York, 5. Jan. (W. L. B.) Die neuesten Nachrichten aus Mexiko melden, daß die Franzosen Puebla eingenommen haben, woselbst sie Verstärkungen erwarteten, um gegen die Hauptstadt Mexiko vorzurücken. Auch haben sie Tampico besetzt.

Ein dem Kongreß vorgelegter Gesetzentwurf erteilt der Regierung Ermächtigung zur Ausgabe von 300 Millionen Schafschneiden, sowie von 300 Millionen sechszwanzigprozentiger Obligationen mit ein-, zwei- und dreijähriger Verzinszeit und 500 Millionen sechszwanzigprozentiger mit zwanzigjähriger Verzinszeit.

Neu-York, 6. Jan. (W. L. B.) Die Seecessionisten haben Murfreesboro geräumt, welches die Unionisten während der Schlacht besetzten. Auf der Eisenbahn von Knoxville haben sie den Verkehr nach Richmond abgeschnitten. Sherman hat Vicksburg eingeschlossen. Bei Lexington in Tennessee sind die Seecessionisten mit Verlust von 1400 Mann und einer bedeutenden Menge von Waffen geschlagen worden.

Neu-York, 6. Jan. (Per „Europa“.) (Köln. Z.) Die Unionstruppen haben Murfreesboro erobert. General Rosenkrantz meldet, daß die Südlischen die Stadt mit großem Verluste räumten. General Bell berichtet: „Wir räumten Murfreesboro in guter Ordnung und führten 4000 Gefangene, 24 erbeutete Kanonen und 5000 Gewehre mit uns.“ Der Verlust des Unionsheeres wird auf 7000, der der Südlischen auf 12,000 Mann geschätzt. Nashville scheint durch den Ausgang der Schlacht gesichert. Doch sagt der „New-York Herald“, der südlische General Bragg habe sich anscheinend als Sieger zurückgezogen, nachdem Rosenkrantz 10,000 Mann und 30 Geschütze einbüßte. Bragg's Rückzug sei möglicher Weise ein bloßes Manöver. Gerüchte über die Einnahme von Vicksburg haben sich nicht bestätigt. Wiederholte Angriffe der Unions-Streitkräfte wurden blutig zurückgeschlagen, wobei die Unionisten 3000 Mann verloren. General Banks tritt in New-Orleans versöhnlich auf. Das Repräsentantenhaus zu Washington hat 10 Millionen dreißigjähriger Bons behufs Förderung der Emanzipation in Missouri bewilligt. Der Finanzanschluß befürwortet die Ausgabe von 900 Mill. Doll. 6proz. Bons auf 20 Jahre und 300 Mill. Doll. 5 1/2proz. Schatznoten auf 3 Jahre, nebst 300 Mill. Doll. in Staatsnoten. Die Botschaft des neuen Gouverneurs von New-York, Hrn. Seymour, an die Gesetzgebende Versammlung des Staates befürwortete mit Wärme die Aufrechthaltung der Union, verdammt jedoch die Emanzipationsproklamation. Börse und Geldmarkt sind durch die neue Staatsnoten-Ausgabe aufgereg.

Neu-York, 8. Jan. (W. L. B.) Bei Murfreesboro waren die Unionisten siegreich; der Feind ergriff die Flucht und erlitt große Verluste. — Im Südwesten sind die Unionisten bis auf eine Meile von Vicksburg gekommen, mußten sich aber zurückziehen, um nicht abgeschnitten zu wer-

den. — Es sollen 30 Millionen für Beförderung der Sklavenemanzipation verwendet werden. — Goldagio 36 1/4. Wechsel auf London 150—150 1/2.

### Baden.

Karlsruhe, 17. Jan. (Landwirtsch. Centralausch.) Den 16. Jan. wurde eine Vorberatung über das Veterinärwesen gehalten, wovon wir hier einen Auszug geben.

Der Vorsitzende, Hr. Geh. Ref. Diez, ersucht den Referenten des Veterinärwesens bei der Centralstelle, Hrn. Reg.-Rath. Bierordt, die Frage: „Welche Einrichtungen im Veterinärwesen sind im Stande, den Thierärzten eine größere Wirksamkeit und eine gesicherte Stellung zu verschaffen?“ einzuleiten. Diese Besprechung sei aber, wie der Centralauschluß den Wunsch ausgesprochen habe, nur als eine allgemeine zu betrachten, weil erst nach dieser die Kommission zur Berathung zusammenzutreten werde.

Hr. Reg.-Rath. Bierordt: Bei den Verordnungen in Betreff des Veterinärwesens werden den Thierärzten Verpflichtungen auferlegt, die sie benachteiligen, ohne daß ihnen eine genügende Vergütung für die Eintritte geboten wird. Es handelt sich nicht darum, die Thierärzte als Privatleute zu unterstützen, sondern es gehören Obliegenheiten zum Beruf des Thierarztes, die für das Land überhaupt von Wichtigkeit sind, wie Befichtigung des Fasseviehs, Veterinärpolizei u. s. w. Es tritt zuerst die Frage auf, ob der Thierarzt der Gemeindebehörde gegenüber die Stellung hat, die er für seinen Beruf haben soll. Er hat oft die Obliegenheit, bei der Prüfung des Fasseviehs der Gemeindebehörde gegenüber zu treten; ebenso ist es mit der Veterinärpolizei; er soll bei feuchtemartigen Krankheiten oft Privaten entgegen treten, die es ihm später lange nachtragen. Im Allgemeinen ist man mit der Besserstellung einverstanden, doch werden einige Bedenken entgegengehalten. Die Thierärzte besitzen meist nicht den Grad der Ausbildung, besonders zur Behandlung des Kindeviehs, wie es wünschenswerth wäre. Allein gerade durch die Besserstellung wird auch mehr Streben der Thierärzte erweckt werden, sich besser auszubilden. Zweitens ist die Veterinärpolizei schon den Amtsräten übertragen; allein es handelt sich immer zunächst um die Anzeige, die doch nur vom Thierarzt gemacht werden kann. Ein dritter Grund, der gegen die Besserstellung wegen der Veterinärpolizei sprechen könnte, sind die Viehverversicherungen. Man sagt, durch Viehverversicherungen könnte die Nothwendigkeit einer verstärkten Veterinärpolizei beseitigt werden.

In der Broschüre, die von der Direktion des Karlsruher Bezirksvereins über Zwangsversicherung herausgegeben wurde, findet man auseinandergelegt, welche Aufgabe den Viehverversicherungen naturgemäß zugewiesen werden muß; allein es ist keine Aussicht vorhanden, daß durch eine größere Verbreitung der Viehverversicherungen mit Einschluß der Seuchen die Nothwendigkeit der Verstärkung der Veterinärpolizei beseitigt würde. Es liegt sogar die Gefahr vor, daß die versicherten Landwirthe weniger vorsichtig sein werden, als nicht versichert.

Hr. Verner weist darauf hin, daß die Thierärzte schon Jahre lang um Besserstellung bei der Regierung eingekommen sind. Seitdem hat man immer mehr die Mangelhaftigkeit der Verordnungen einzusehen, und so hat dem auch groß. Handelsministerium die betreffende Frage dem Centralauschluß vorgelegt. Als hauptsächlichste Mängel werden betrachtet:

- 1) Die berufsmäßige Ausübung der Thierheilkunde durch unbefugte Personen.
- 2) Mangelhafte Ausbildung der Thierärzte.
- 3) Die Art und Weise der Anstellung der Thierärzte.
- 4) Die Stellung der Thierärzte zu den Amtsräten.

Den Thierärzten ausschließlich ist erlaubt: Behandlung der Seuchen und Kastration von Pferden; für alle anderen Geschäfte heißt es bloß: „Die Ausübung der Thierheilkunde kann von den Bezirksämtern unter Strafandrohung unterlagert werden.“ Ein Verbot, welches jede Behandlung eines kranken Thieres durch Nichtärzte in allen Fällen untersagt, wäre allerdings hart und der persönlichen Freiheit der Viehbefitzer zuwider. Es kommen Fälle vor, z. B. bei der Entzweiung des Kindeviehs, bei der Kollir der Pferde u. s. w., wo das Entressen eines lizenzierten Thierarztes nicht ohne Gefahr für das kranke Thier abgewartet werden kann, und wo auch von Laien namhafte Hilfe geleistet werden kann. Die Thierärzte verlangen auch nur Schutz gegen gewerbmäßige Ausübung der Thierheilkunde durch unbefugte Personen. Die gewerbmäßige Pfluserei scha bei den Landwirthen und dem Thierarzt. Letzterem nicht bloß in mater ieller, sondern auch in moralischer Beziehung.

Als zweiter Mangel wurde die mangelhafte Ausbildung der Thierärzte bezeichnet. Allein bevor eine Besserstellung vorhanden ist, kann eine bessere Ausbildung nicht erreicht werden.

Ein dritter Mangel ist die Art und Weise der Anstellung. Bei den bestehenden Verordnungen sind die Thierärzte dem Zufall oder der Willkür Einzelner anheimgestellt. Die Gemeinden sind selten in der Lage, die Qualifikation der Thierärzte zu beurtheilen, und so wird oft ein untauglicher einem Geschickteren vorgezogen. Die Abhängigkeit des Thierarztes von der Gemeindebehörde verursacht oft, daß Seuchen verbreitet werden, die sonst unterdrückt werden könnten.

Als vierter Mangel kann man die Stellung des Thierarztes zum Amtsrath betrachten. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß früher die Thierheilkunde nicht den Namen von Wissenschaft verdiente; es war damals nöthig, daß sich wissenschaftlich gebildete Menschenärzte um die Thierheilkunde annahmen. Seit einem Jahrhundert aber ist die Thierarzneikunde so mächtig vorangeschritten, daß sie ein besonderes Studium von Seite Derjenigen verlangt, die sich mit derselben befassen wollen.

Die Menschenärzte erhalten allerdings auch jetzt noch eine viel wissenschaftlichere Ausbildung, als die Thierärzte; allein das Feld der ersten ist schon so groß, daß sie sich nicht mit der Thierarzneikunde beschäftigen können. Es dürfte an der Zeit sein, auch in unserm Lande die Thierärzte von den Menschenärzten unabhängig zu stellen.

Rebner schlägt vor:

- 1) Die berufsmäßige Ausübung der Thierheilkunde werde nur lizenzierten Thierärzten gestattet.
- 2) Besonders befähigte Thierärzte werden zur Ausrückung der veterinärpolizeilichen Anordnungen, Inspektion des Fasseviehs u. s. w. als Bezirks-Thierärzte angestellt.
- 3) Diese Anstellung geschehe durch groß. Handelsministerium.
- 4) Die Thierärzte mögen eine von den Menschenärzten unabhängige Stellung erhalten; zur Leitung der oben Gesagten ernehme man eine Kommission etwa aus zwei Thierärzten und einem wissenschaftlich gebildeten Landwirthe.

Schaffen wir eine bessere Stellung der Thierärzte, so können und werden wir auch eine bessere Ausbildung der Thierärzte erlangen.

Hr. Dr. Schinzinger: Wenn es zu den Hauptaufgaben des intelligenten Landwirthes gehört, die in den letzten Decennien gemachten Fortschritten und Erfindungen auf dem naturwissenschaftlichen Gebiete, insbesondere der Chemie, der Thier- und Pflanzenphysiologie, auf den täglichen Betrieb der Landwirtschaft überzuführen, mit kurzen Worten jede landwirthschaftl. Thätigkeit mit Gesetzen der Naturwissenschaften zu begründen, so werden wir von diesem Standpunkt aus gegenüber dem großen volkswirthschaftl. Kapital, welches die Masse von landwirthschaftl. Hauswirthen in sich begreift, das berechtigete Verlangen an das Veterinärwesen stellen dürfen, daß alle diejenigen Männer, welche sich der Thierheilkunde widmen wollen, mit gründlich wissenschaftlicher und praktischer Befähigung in ihren Beruf einzutreten haben. Man verlange daher eine gründliche Gymnasialbildung und errichte eine tüchtige Thierarzneischule, die regelmäßig besucht werden muß; Sorge aber dann auch für Besserstellung der Thierärzte. In dieser Weise wird man in einem Jahrzehnd so tüchtige Thierärzte haben, daß man nicht mehr gegen Pfluscher aufzutreten braucht. Rebner ist gegen die jetzt gebräuchliche Art, durch Stipendien die Thierärzte auf andern Schulen auszubilden zu lassen.

Hr. Kottler findet, daß besonders eine bessere praktische Ausbildung, hauptsächlich in chirurgischen Operationen, nöthig sei, hält es für einen Fortschritt, die Schüler der Thierarzneikunde an solche Anstalten zu schicken, wo sie mehr sehen können, als es in der hiesigen Schule der Fall war, und spricht für den Schutz der Thierärzte gegen Pfluserei.

Hr. Herth: Die Ausbildung der Thierärzte ist jetzt schon eine bessere als früher; er kenne mehrere sehr tüchtige, und wo diese sind, höre die Pfluserei immer mehr auf.

Hr. Friederich: Es gibt in unserm Lande sehr tüchtige, aber auch viele sehr schwache Thierärzte, was wohl zum Theil bis jetzt an der geringen Gelegenheit, das Nöthige zu lernen, gelegen hat. Eine Dotation, die zur weiteren Ausbildung in auswärtigen Lehranstalten bestimmt ist, wird ein wohlangelegtes Kapital sein; es ist wünschenswerth, daß diese erhöht werde, daß man dann aber auch bei der Staatsprüfung höhere Anforderungen stelle. Hr. Friederich spricht dann gegen die Anstellung der Thierärzte durch den Staat, die bis jetzt von Gemeinden ange stellt waren; dagegen stimme er etwa für das Anstellen von Bezirks- oder Kreis-Thierärzten; ein Kollegium könne er nicht empfehlen.

Hr. Dr. Herth schlägt vor, in der Verordnung stehen zu lassen: daß zur berufsmäßigen Ausübung der Thierheilkunde im Großherzogthum nur Derjenige berechtigt sei, welcher seine Befähigung hiezu durch Erhebung einer Staatsprüfung nachgewiesen hat. Jedem Andern kann die Ausübung der Thierheilkunde bei andern als den eigenen Thieren von dem Bezirksamte unter Strafandrohung unterlagert werden.

Hr. Föhlisch stimmt diesem bei und wünscht, daß für eine tüchtige fachliche Ausbildung gesorgt werde.

Hr. Steiner meint, daß durch Pfluserei weit mehr Uebel als Gutes hervorgerufen werde; deshalb möge es in der Verordnung heißen: jede gewerbmäßige Ausübung der Thierarzneikunde ist nur den lizenzierten Thierärzten gestattet.

Schluß der Sitzung Abends 7 Uhr.

Karlsruhe, 18. Jan. (Landw. Centralausch.) Gestern Nachmittag 2 1/2 Uhr saßen die Mitglieder des groß. Handelsministeriums, der groß. Centralstelle für die Landwirtschaft, und des Centralauschusses mit Ertrag nach Knetzingen, um die dortigen Pferde zu besichtigen.

Alle Anwesenden waren erfreut über die großen Fortschritte, die durch die Geflüßsanftalt hervorgerufen wurden. Ebenso war das Urtheil über die von der groß. Landesgesundsanstalt in Norddeutschland angekauften und in Knetzingen aufgestellten Stuten ein sehr günstiges. Mit größter Befriedigung kehrte man Abends 5 Uhr wieder zurück.

Die Kommission für Weinbau hatte gestern Abend von 6 bis 10 Uhr und heute von 10 Uhr Morgens bis 1 1/2 Uhr Sitzungen, an welchen auch andere Personen, die sich für den Weinbau interessieren, Theil nahmen.

Kleinlausenburg, 16. Jan. (Frbgr. Ztg.) Heute Abend 5 Minuten nach 6 Uhr verspürte man hier einen starken Erdstoß, so daß die Fenster klirrten und Deseu und Möbel schwankten, ähnlich, wie wenn ein schwerer Güterzug die Bahn befährt. Die gleichzeitig erfolgte telegraphische Anzeige von Säckingen, es auch hier ein Erdstoß wahrgenommen worden, berechtigt zur Annahme, daß das Phänomen von größerer Ausdehnung war und in der Richtung von Westen nach Osten stattfand.

### Bermischte Nachrichten.

Mainz, 17. Jan. Der hiesige Bischof hat eine Ansprache an die Bewohner der Stadt und Diözese Mainz erlassen, worin er den Inhalt der Broschüre „Schwester Adolpha“ für „Schwärmung, Verleumdung und Lüge“ erklärt.

Wiesbaden, 17. Jan. Morgen wird in Limburg eine Zusammenkunft von Mitgliedern des deutschen Reformvereins aus verschiedenen Theilen des Herzogthums stattfinden. — In Ettville hat sich ein Reformverein gebildet.

Silberseher-Konfiskation. Wie die „Prager Morgenpost“ meldet, wurden dieser Tage einem Kaufmann aus dem Westen Böhmens 800 fl. in Silbersehern, die er in Bayern für verkaufte Cerealien gelöst hatte und mit sich führte, bei der Rückkehr nach Böhmen in Furth auf Grund eines alten Patents behördlich konfiszirt.

\* Auf der portugiesischen Ostbahn ist eine Brücke unter einem darüber fahrenden Bahnzuge zusammengebrochen, wodurch über 100 Menschen umgekommen sind.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 20. Jan. 1. Quartal. 11. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male: Der Koyist; Schauspiel in 1 Akt, nach Weillbac von Hill. Hierauf, zum ersten Male: Eine Parthie Biquet; Lustspiel in 1 Akt, von Fournier und Meyer. Zum Beschluß: Englisch! Posse in 1 Akt, von Görner. Ferner, Chevalier Rocheferrier und Jppelberger; Hr. Theodor Löwe, Oberregisseur des Stadttheaters zu Eberfeld, als erste Gastrolle.

### Theater in Baden.

Mittwoch 21. Jan. Mylord Cartouche; Lustspiel in 1 Akt, von Poly Henrion. Hierauf: Sand in die Augen; Lustspiel in 3 Akten, von Arnold Hirsch.



3.4. Raftatt.

### Kapital-Aufnahme betr.

Die Stadtgemeinde Raftatt wünscht mit Staatsgenehmigung zur Befreiung der Kosten der hiesigen Gasbeleuchtungs-Einrichtung ein Kapital von 80,000 fl. aufzunehmen.

Dieses Kapital soll nicht auf einmal, sondern nach Bedürfnis geschossen werden, der Art, daß die letzte Zahlung auf den 1. Oktober 1863 zu leisten wäre.

Dasselbe soll vom Jahr 1864 an nach vorliegendem Plane binnen 50 Jahren durch jährliche Teilzahlungen heimbezahlt werden.

Diejenigen Kapitalisten, welche geneigt sind, das bezeichnete Kapital von 80,000 fl. der Stadtgemeinde Raftatt auf Schulburtunde zu leihen, sind hiermit ersucht, bis längstens zum 1. Februar d. J. sich bei der unterzeichneten Stelle anzumelden und zugleich den Zinsfuß anzugeben.

Der Tilgungsplan kann in den gewöhnlichen Kanzleien auf dem Rathhause eingesehen werden.

Raftatt, den 16. Januar 1863.

Der Gemeinderath.  
G. Wagner.

vd. Leiner.

### Mannheimer Börse.

3.9.11. Die Eröffnung der Produkten-Börse findet am Montag den 26. dieses Monats im großen Saale des Café Pistorer auf dem Fruchtmarkt statt. — Laut §. 5 der Statuten sind die Hauptbörsentage vorerst auf Montag und Donnerstag festgesetzt, an welchen das Geschäft von 11 Uhr Morgens bis 1 Uhr Nachmittags für die Mitglieder geöffnet ist.

An den übrigen Wochentagen ist dies einzuweilen nur von 11 bis 12 Uhr Morgens der Fall.

Mannheim, den 14. Januar 1863.

Der Vorstand:  
Difene.

3.40. Karlsruhe.

### Bekanntmachung.

Wir machen die Besitzer italienischer Papiere oder Lombardisch-Venetianischer Obligationen, deren Titres Sardinien zugefallen sind, aufmerksam, daß der Schlußtermin zur Conversion auf den 10. Februar d. J. bestimmt und die Papiere an diesem Tage in Turin eingereicht werden müssen.

Karlsruhe, den 19. Januar 1863.

G. Müller & Co.

3.43. Karlsruhe.

**Raffaner 4% Obligationen**  
des neuen Anlehens können gegen Rückgabe der Interimsscheine an unserer Kasse bezogen werden.

Karlsruhe, den 19. Januar 1863.

G. Müller & Co.

3.46. Waden.

### ZAHNINGER HOF.

Täglich Table d'hôte um 1 Uhr und 5 Uhr.

3.423. Ettlingen.

**Lehrlingsgesuch.**  
In meinem gemischten Waarengeschäfte ist eine Lehrlingsstelle offen.

Ettlingen.

A. Streit.

3.418. Berlin.

### Agenten-Gesuch.

Für eine deutsche Versicherungs-Gesellschaft ersten Ranges wird für Karlsruhe und Umgegend ein geschäftlich tüchtiger Agent unter sehr vortheilhaften Bedingungen gesucht.

Man beliebe unter Angabe der näheren Verhältnisse gef. Adressen sub A. B. 100 poste restante Berlin franco einzusenden.

3.894. Ein wohlsortiertes

**Anzeige.** Ein wohlsortiertes Lager in Galanterie- und Spielwaaren ist billig unter den Fabrikpreisen zu haben; auf Verlangen kann auch Laden nebst Wohnung dazu vermietet werden. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

3.463. Ilmenau in Thüringen.

**Besten Flußpath, Gelbeisenstein u. vorzügliche Mangan-Erze**

liefert zu billigen Preisen, sowohl in Stücken als pulverisirt, unter der bündigsten Garantie für den Procentgehalt der letzteren.

Sch. Gottlob Förster,

Grubeneigener zu Ilmenau in Thüringen.

### Wachholder-Schnaps.

Bei Sales Jäger, Effigieder in Bühl, ist guter Wachholder-Schnaps zu haben die Maß zu 1 fl. 12 kr.

3.949. Pforzheim.

**Verkauf einer Fabrik.**

Im Großherzogthum Baden, in einem freundlichen Orte und an der Eisenbahn gelegen, wird eine seit einer langen Reihe von Jahren bestehende, noch in lebhaftem Betriebe sich befindende, renomirte Fabrik mit Wasser- und Dampfkraft, Familienverhältnissen wegen, unter vortheilhaften Bedingungen zum Kaufe angetragen.

Näheres darüber auf frankirte Anfragen unter Adresse B 50 wird prompt mitgetheilt durch das öffentliche Geschäfts- und Kommissions-Bureau von

Joseph Griesel in Pforzheim.

3.735. Achern.

**Hausverkauf.**  
Ein zweistöckiges, von Stein erbautes Wohnhaus, mit Oekonomiegebäuden, großem Baum- und Gemüsegarten, welches mitten in der Stadt liegt, und sich wegen seiner vorzüglichen Bauart und Lage zum Betrieb eines jeden Geschäftes eignet, ist zu verkaufen. Näheres zu erfragen bei Herrn

Michael Anthoni in Achern.

3.988.

### Gründliche

### Heilung der eingeklemmten Brüche. Sofortige Linderung.

Herr Helwig, Mitglied der kaiserl. Akademie der Künste in Paris und der königl. Akademie in London, kaiserl. französl. patentirter Bruchbandfabrikant und Erfinder neuer anatomischer Bruchbänder, wodurch alle veralteten oder eingeklemmten Brüche geheilt werden, ferner neuer Unterleibsgürtel, um das Verrücken der Gebärmutter zu verhindern, wird den 22. und 23. d. M. im Böden in Ueberlingen, den 24. und 25. in Konstanz im Hecht, und den 26. und 27. in Donaueschingen im Schützen, und am 28. und 29. in Billingen in der Post zu sprechen sein. Der Erfinder ist im Besitze mehrerer goldener und silberner Ehren- und Verdienstmedaillen, sowie mehrerer hundert Zeugnisse und Beweise, die zur Einsicht bereit liegen. Briefe werden schleunigst beantwortet.

### Norddeutscher Lloyd.

### Direkte Post-Dampfschiffahrt zwischen Bremen und New-York,

Southampton anlaufend:

Post-D. Newyork, Capt. G. Wenke, am Sonnabend den 14. Febr. 1863.

Post-D. Bremen, Capt. C. Meyer, am Sonnabend den 14. März 1863.

Post-D. Amerika, Capt. S. Wessels, am Sonnabend den 28. März 1863.

Post-D. Hansa, Capt. S. J. v. Sauten, am Sonnabend den 11. April 1863.

Post-D. Newyork, Capt. G. Wenke, am Sonnabend den 25. April 1863.

**Passage-Preise:** Erste Kajüte 140 Thaler, zweite Kajüte 90 Thaler, Zwischendeck 55 Thaler Gold, inkl. Verköstigung. Kinder unter zehn Jahren auf allen Plätzen die Hälfte; Säuglinge 3 Thaler Gold.

**Güterfracht:** Bis auf Weiteres 3 Pfd. St. — für Baumwollwaaren und ordinäre Güter 4 Pfd. St. — für andere Waaren mit 15% Primage pr. 40 Cubiffuß Bremer Maße, einschließlich der Küsterfracht auf der Weser zahlbar zum laufenden Course. Unter 10 Schilling und 15% Primage wird kein Commoiffent gezehnet. Feuergefährliche Gegenstände sind von der Beförderung ausgeschlossen.

Die Güter werden durch beidige Messer gemessen.

**Post:** Die mit diesen Dampfschiffen zu versendenden Briefe müssen die Bezeichnung „via Bremen“ tragen. Nähere Auskunft ertheilen: in Karlsruhe Herr J. Stüber; in Mannheim die Herren J. M. Bielefeld, Generalagent (auch in Rehl), — Conrad Herold, Generalagent, — Rabus & Stoll — Walther, Reinhard & Müller — Mich. Wirsching. Die Direction des Norddeutschen Lloyd.

Bremen, 1862. Crüsemann, Director. H. Peters, Procurant.

3.415. Röhrenbach bei Alpirsbach, Württemberg.

### Für Maschinenfabrikanten.

Besonderer Verhältnisse wegen werden nachstehende Maschinen unter der Hälfte des wirklichen Wertes verkauft:

- a) 1 Transmissions-, bestehend in 18 St. Hänglager mit mess. Schalen (ganz neu), 5 Wellbäumen von Schmiedeeisen, blank gehobelt, zusammen 66" lang und 2" Durchm., 22 Riemenstabein von Gußeisen, 2 konischen Naben, 2 Mühlstein, alles blank und sauber gearbeitet,
- b) 2 Schwungräder mit Getriebe und Messinglager, zus. 3 Ztr. schwer,
- c) 2 Zwirnmäschinen, vollständig und gut erhalten,
- d) 1 Flachschneidmaschine im besten Zustande,
- e) 1 Feuerbrühe, für 2 Mann tragbar, sehr gut,
- f) 1 Decimalwaage zu 1 1/2 Ztr. (Schallform),
- g) 1 große Schalenwaage und eine Schnellwaage zu 110 Pfd.,
- h) 1 kleines Balzwerk,
- i) ein vollständiges Schmiedewerkzeug nebst einem großen Schraubstock,
- k) 1 Bohrmaschine nebst vielen Bohrern für Eisen und Holz,
- l) Schreimwerkzeuge und viele Modelle und Maschinenstücke,
- m) Drehbanktheile und Drehwerkzeuge,
- n) Röhrenbohrmaschinen-Bohrmaschine und 1 Stedmaschine, nebst über 300 Stedrahmen und vielen andern Geräthen dazu. Mehrere Zentner rohe Röhrenbohrer, sowie auch fertige. Einige Zentner altes Eisen und Stahl.

Röhrenbach bei Alpirsbach, Württemberg.

Ed. Weinberg zum Böden.

3.912. Achern.

### Gasthaus- u. Bierbrauerei-Verkauf.

Die Unterzeichnete läßt

Dienstag den 3. Februar,

Nachmittags 3 Uhr,

in ihrer Behausung selbst,

unter annehmbarsten Bedingungen freiwillig öffentlich

zu Eigenthum versteigern:

Das Gasthaus mit Realwirthschaftsgeräthigkeit zum

Dschen sammt Oekonomiegebäuden und vollständig

ganz neu eingerichteter Bierbrauerei, neben Handels-

manns Oker und sich selbst, vorn der Marktstraße; nebst

einem außerhalb der Stadt gelegenen Bierkeller. Die

Bedingungen werden am Steigerungstag bekannt ge-

macht.

Achern, den 17. Januar 1863.

Joseph Wörner, Wittwe.

3.946. Offenburg.

### Bauplatz-Versteigerung.

Künftigen Donnerstag den 22. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, wird auf dem Geschäftszimmer der unterfertigten Verwaltung ca. 1 Morgen Spitalfeld, gegenüber der früheren Gemülfefabrik dahier gelegen, und südlich auf die Landstraße nach Ortenberg (Königsplatz), und westlich auf die Straße nach Weingarten (Zellweierbach), und nördlich an die Gebäulichkeit des Glasma-

chers Philipp Meier angrenzend — gegen terminweise Zahlung — als Bauplatz zu Eigenthum versteigert; wozu wir einladen.

Offenburg, den 15. Januar 1863.

St. And. Hospitalverwaltung.

3.89. Hugsweier, Oberamt Lahr.

### Stammholzversteigerung.

Aus dem Gemeindefonds Hugsweier werden Freitag den 23. Januar d. J.,

Vormittags 9 Uhr,

auf dem Platze gegen Baarzahlung vor der Abfuhr

versteigert:

5 Stämme Eichen, zu Holländer geeignet, und

84 Stämme erlesenes Nutholz.

Die Zusammenkunft findet auf dem Schlag selbst

statt.

Hugsweier, den 17. Januar 1863.

Gemeinderath.

Furrer, Bürgermstr.

3.822. Nr. 41. Bretten. (Stammholz-Versteigerung.) Am Montag den 26. d. M. werden in dem Domänenwald, Distrikt II., Hamberg und Jewald, Schlag Nr. 15, gelegen auf der Gemarkung Gölshausen — 7 Stämme Eichen, zu Bau- und Nuthholz tauglich, einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt.

Die Zusammenkunft findet früh 9 Uhr bei der Saatschule in genanntem Walde statt.

Bretten, am 17. Januar 1863.

Großh. bad. Bezirksforst.

Schmitt.

3 buchene Nuthholzstücke, 144 1/2 Klafter buchenes Scheitholz, 21 Klafter buchenes Prügelholz, 9 1/2 Klafter buchenes Klobholz, 11 Klafter buchenes Stochholz, 2550 Stück buchene Wellen, nebst 1 Loos Schlagraam. Wiesbaden, den 13. Januar 1863.

Großh. bad. Bezirksforst.

Krutina.

3.81. Nr. 637. Mannheim. (Verkaufmachung.) Die Kaufleute Aimé Jean Louis Savary aus Freiburg in der Schweiz und Max Mayer aus Weimen haben unterm 1. Januar 1863 eine Handelsgesellschaft unter der Firma „Savary und Mayer“ errichtet, welche hier in Mannheim ihren Sitz hat. Solche wurde unterm Heutigen in das Handelsregister eingetragen; was nach Maßgabe Art. 13 des G. O. und nach §. 49 der Vollz. Verordnung öffentlich bekannt gemacht wird.

Mannheim, den 12. Januar 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.

Erter.

3.833. Nr. 444. Schwetzingen. (Aufsorderung.) In Sachen der Johann Freis Ehefrau in Nedarau gegen ihren Ehemann von da, Ehescheidung.

Der Beklagte wird auf Antrag der Klägerin aufgefordert, am 26. d. Mts., spätestens am 29. d. M., Vormittags 9 Uhr, bei dem Beamten des bürgerlichen Standes, katholischen Pfarramte Nedarau, zu erscheinen, um der Eintragung des oberhofgerichtlichen Urtheils vom 31. Oktober v. J. ins Ehebuch anzuwohnen.

Schwetzingen, den 17. Januar 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.

Reib.

vd. Kappes

3.993. Nr. 72. Nedarvischhofheim. (Verlassenschaftseinweisung.) Da innerhalb der in der diesseitigen Verfügung vom 12. Nov. v. J., Nr. 5749, gegebenen Frist keine Eintragung erfolgt ist, wird Witwe Friedrich Ettlinger von Hilsenbach in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft seiner verstorbenen Ehefrau Eva Katharina, geb. Stech, eingewiesen.

Nedarvischhofheim, den 8. Januar 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.

Dr. Fritsch.

3.1000. Nr. 1333. Freiburg. (Schuldenliquidation.) Johann Angold, ledig, von Schallstadt will nach Afrika auswandern, und sind etwaige Ansprüche an ihn am

S amstag den 24. d. M.,

Vormittags 9 Uhr,

hier geltend zu machen.

Freiburg, den 14. Januar 1863.

Großh. bad. Landamt.

Hippmann.

3.842. Nr. 1353. Karlsruhe. (Aufforderung.) Herrmann Kahn von Kuppenheim, verheiratheter Mehlhändler, 30 Jahre alt, ist der beschriebenen Zahlungsfähigkeit angezweifelt. Derselbe ist flüchtig und wird aufgefordert, sich binnen 4 Wochen

dahier zu stellen, widrigenfalls nach Abtenlage Erkenntnis ergeht.

Dessen Vermögen ist mit Beschlage belegt; die betreffenden Behörden werden ersucht, ihn im Betretungsfall anher abzuliefern.

Karlsruhe, den 15. Januar 1863.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.

v. Wittersdorff.

3.86. Nr. 494. Raftatt. (Urtheil.) J. N. S. gegen Celestin Kühne von Jochenheim und Nikolaus Burch von Schwendi aus Untervalden (in der Schweiz), wegen Diebstahls, hat großh. Amtsgericht Raftatt folgendes Urtheil erlassen: Celestin Kühne ist des Diebstahls in fortgesetzter That an Sachen, im Gesamtbetrag von 13 fl., und derselbe, sowie Nikolaus Burch sind des Diebstahls in fortgesetzter That und in Verbindung zu derselben an Sachen, im Gesamtbetrag von 8 fl. 46 kr., schuldig, und dieselben haben deshalb eine Amtsgewängnisstrafe, Kühne von vier Wochen, worunter 8 Tage Hungertrost, und Burch von vierzehn Tagen, worunter 4 Tage Hungertrost, zu erleiden, sowie die Kosten der Unternehmung und Strafverfolgung, erstere mit sammtverbindlicher Haftbarkeit, zu tragen. W. N. S. Raftatt, den 8. Dezember 1862. Großh. bad. Amtsgericht. (L. S.) (gez.) Kächer. Dieses Urtheil wird den beiden Beurtheilten, weil ihr Aufenthalt unbekannt ist, auf die dem Wege eröffnet. Dieselben werden zugleich aufgefordert, sich rechtzeitig zur Erhebung der Strafe zu stellen, da sie sonst zur Zahlung ausgeschrieben werden. Raftatt, den 13. Januar 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Kächer.

3.829. Nr. 607. Schönau. (Aufforderung.) Bei der am 2. d. Mts. dahier stattgehabten Rekrutenausscheidung ist der Pflichtige Edward Philipp von Ehrberg, Loos Nr. 15, der Konfiskation 1863 unentschuldig ausgeblieben. Derselbe wird nun aufgefordert, sich

binnen 6 Wochen dahier zu stellen, ansonst er als Staats- und Ortsbürgerrecht für veräußert erklärt und in eine Geldstrafe von 800 fl. verurtheilt werden würde.

Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlage belegt.

Schönau, den 14. Januar 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.

Seitling.

3.835. Nr. 632. Staufen. (Aufforderung.) Die Konfiskation pro 1863, — hier das Refraktionsverfahren gegen die unentschuldig ausgebliebenen Pflichtigen betr.

Nachbenannte Konfiskationspflichtige der Altersklasse 1842, welche bei der heute stattgehabten Ausscheidung nicht erschienen sind, werden aufgefordert, sich

binnen 6 Wochen dahier zu stellen und ihrer Militärpflicht zu genügen, widrigenfalls sie als Refraktäre behandelt, des Orts- und Staatsbürgerrechts für veräußert erklärt und in die gesetzliche Strafe von 800 fl. verurtheilt würden.

Zugleich wird deren Vermögen mit Beschlage belegt und die etwaigen Schulden derselben aufgegeben, bei Vermeidung doppelter Zahlung bis auf weitere Verfügung an Niemanden Zahlung zu leisten.

1) Josef Wimpf von Feldkirch;  
2) Josef Bette von Weitenheim;  
3) Johann Stephan Hartmann von Kroppingen.

Staufen, den 8. Januar 1863.

Großh. bad. Bezirksamt.

Meyer.

Wir einer Beilage.